

„Ambulant vor stationär“

Fachgespräch des Ressorts Soziales und Gesundheit mit der LIGA Thüringen

Das Ressort Soziales und Gesundheit der Fraktion der LINKEN hat es sich auch in dieser Legislatur zur Aufgabe gemacht, regelmäßig mit der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Thüringen e.V. im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik wichtige Themen und Forderungen zu besprechen.

Beim gemeinsamen Fachgespräch am 22. Januar im Landtag in Erfurt haben sich die Ressortmitglieder und Vertreter der LIGA zu den Themenbereichen ambulante psychiatrische Versorgung und Suchthilfe verständigt.

Aus Sicht der LIGA gibt es dazu vier aktuelle und zentrale Aufgaben an die Landespolitik: den Ausbau und die Verknüpfung der Sozialplanung auf Landes- und kommunaler Ebene, die Herstellung und Sicherung der flächendeckenden ambulanten, teil- und vollstationären Fachversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, das Aufgreifen des Bedarfs älterer Menschen mit psychischen Erkrankungen und/oder Suchterkrankungen und den Ausbau der Hilfen für Kinder von psychisch kranken und/oder suchtkranken Müt-

tern und Vätern. Die Mitglieder des Ressorts der Landtagsfraktion haben in der Diskussion die Wichtigkeit dieser vier Aufgaben unterstrichen, aber auch darauf hingewiesen, dass momentan in der ambulanten psychiatrischen Versorgung und Suchthilfe weitere Probleme geklärt werden müssen.

So ist eine Forderung der LINKEN im Thüringer Landtag, die ambulante psychiatrische Versorgung weiter auszubauen im Sinne des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ sowie neue Strukturen und Schnittstellen zu schaffen.

So gibt es momentan vor allem im Kinder- und Jugendbereich in Thüringen kein flächendeckendes ambulantes Netz und unzureichende Angebote im Bereich der Prävention. Ein Lösungs-



ansatz könnten der Ausbau und die Stärkung von Eltern-Kind-Zentren sein. Eine gemeinsame Forderung der Teilnehmer der LIGA und des Ressorts Soziales und Gesundheit ist die zeitnahe Umsetzung und Konkretisierung des 3. Thüringer Psychiatrieberichts durch die Landesregierung.

Die Aufgabe der Betreuung und Unterbringung psychisch kranker Menschen obliegt den Landkreisen und kreisfreien Städten. Mit der Novelle des Thüringer Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch Kranker (Thür-PsychKG) aus dem Jahr 2008 wurden die Schaffung von Gemeindepsychiatrischen Verbänden und die Bestellung von Psychiatriekoordinatoren gesetzlich normiert und damit sollte die Arbeit der Sozialpsychiatrischen Dienste in den Landkreisen und kreisfreien Städten gestärkt werden.

Alle Beteiligten des Fachgesprächs waren sich einig, dass die Aufgabe der ambulanten psychiatrischen Versorgung in den Kommunen unterschiedlich gut erfüllt wird, dass es sehr gute Modellprojekte gibt (z.B. in Nordhausen oder Erfurt), aber auch negative Entwicklungen.

Das Ressort Soziales und Gesundheit wird an dieser Stelle anknüpfen und den Diskussionsprozess zu der Frage, ob sich die derzeitigen gesetzlichen Regelungen bewährt haben, fortführen. Auch über parlamentarische Initiativen im Bereich der psychiatrischen Versorgung und Suchthilfe und Vor-Ort-Termine werden wir nach Lösungsansätzen suchen.

Cordula Eger

Ausstellung des Jenaer MIG e.V.



„Fremde sind Freunde, die man nur noch nicht kennt“, so das Motto der Fotoausstellung der Multikulturellen Integrationsgruppe (MIG) Jena e.V., die am 23. Januar im Fraktionsflur der LINKEN im Landtag in Erfurt feierlich eröffnet wurde.

Neugierig sein auf Fremde, das Fremdsein hinterfragen, dazu fordere die Ausstellung geradezu auf, betonte Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow und dankte der Initiative. Deren Projektleiter Wolfgang Knappe würdigte die vielfältige Unterstützung - übrigens auch durch die Alternative 54 der Abgeordneten der LINKEN. Der Verein will „Mut machen, aufeinander zuzugehen, miteinander zu reden und gemeinsam zu unternehmen“. Trotz bisher nicht erreichter weiterer Förderung wollen sie in ihrem Engagement nicht nachlassen, die Ausstellung weitergehen lassen. Dem Interkulturellen Verein, dessen Ziel es ist, das friedliche Zusammenleben von Menschen

unterschiedlicher Kulturen zu fördern, die Integration von Zugewanderten mittels Schaffens und Kunst zu unterstützen, Vorurteile abzubauen und fremdenfeindlichen Tendenzen entgegen zu wirken, gehören Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Nationalitäten und Kulturen an, die inzwischen in Thüringen ein Zuhause gefunden haben, unter ihnen Russen, Deutsche, Ukrainer, Juden, Georgier, Belorussen.

Im Verein, der kürzlich mit dem Kommunalen Initiativpreis des Kommunalpolitischen Forums (KOPOFOR) ausgezeichnet wurde, können sie sich kulturell engagieren und schöpferisch tätig sein. Neben der Organisation von Ausstellungen kümmert sich der Verein in vielfältiger Weise um internationale Begegnungen.

Ein Veranstaltungsprojekt im vergangenen Jahr war die deutsch-russische PLENAIRMALEREI-Wanderausstellung mit Stationen in St. Petersburg, Jena und Weimar.

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Konservative Luftnummer

Alle Jahre wieder rumort es in CDU und CSU, weil ein Teil der Funktionäre und der Anhänger um das rechte „konservative Profil“ der Parteien mit dem klerikal angehauchten Namen bangt.

Im vergangenen Herbst war der „Berliner Kreis“, ein Zusammenschluss von „Jetzt erst Recht“-Konservativen der mittleren Ebene der CDU, kurzzeitig an die Öffentlichkeit gegangen. Man verstehe sich als loses „Netzwerk von aktiven Bundes- und Landespolitikern der CDU und der CSU“, hieß es aus der vor allem männlichen Runde, die nicht weniger als eine „starke konservative Stimme“ in der Union konstituieren und die vermeintliche „Sozialdemokratisierung“ vor allem der Mutterpartei CDU bekämpfen wollte.

In einer „Standortbestimmung“ jammerte man dann hauptsächlich über deren zurückgehende Mitgliederzahlen. Alles in allem entpuppte sich der seltsame Kreis sehr schnell als Luftnummer. Über „ein konservatives Rebellionchen“ höhnte die Wochenzeitung „Die Zeit“ und selbst die Protagonisten waren über die eigene Courage erschrocken: Nicht einmal offizielle Parteigliederung wollte die Gruppe um Christean Wagner, Fraktionsvorsitzender der CDU im Hessischen Landtag, mehr werden.

Anders die fast zeitgleich auftauchende „Wahlalternative 2013“, gegründet von ehemaligen sowie aktiven CDU-Mitgliedern. Sie gab zunächst an, sich bei der Bundestagswahl 2013 den Freien Wählern anzuschließen. Dem Klientel dieser „Wahlalternative“ ist Mimikry fremd: sie kritisierte Parteien, die sich fürchten, antieuropäisch oder deutsch-national zu erscheinen. Inzwischen denke die „Wahlalternative“ über die Gründung einer eigenen Partei nach, wusste die Rechtspostille „Junge Freiheit“ zu berichten. Man glaubt wohl, mit mehr Populismus „nationale Interessen“ besser vertreten zu können.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.